



POLITIK FÜR EUROPA

Regionale Identität.
Europäische Vernetzung.
Dynamische Wirtschaft.

UND THÜRINGEN

1 | 2014

Politik für Europa und Thüringen ist eine neue Informationsreihe des Landesbüros Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung in der wir drei- bis viermal im Jahr aktuelle europapolitische Themen aufgreifen wollen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Freistaat Thüringen.

Thüringen profitiert als Region im Herzen Europas in besonderem Maße von der Freizügigkeit der Bürger_innen, von der wirtschaftlichen Freiheit des Binnenmarktes und von der politischen Stabilität der nachhaltigsten Friedensordnung in der Geschichte unseres Kontinents. Thüringen hat deshalb ein ureigenes Interesse daran, die Zukunft Europas mitzugestalten. Mit unserer Informationsreihe und unseren Veranstaltungen möchten wir einen Beitrag dazu leisten, das richtige Mittelmaß zwischen europäischer Vernetzung und dem Erhalt der regionalen Identität zu finden.

Jo Leinen, MdEP

EU-Kommission: Schluss mit Erfüllungsgehilfe Der Aufstellungsprozess ist eine historische Zäsur.

Nachdem das Europäische Parlament die designierten Kommissare in Einzelanhörungen auf Herz und Nieren geprüft hat, stimmt es diese Woche über die neue Europäische Kommission unter Jean-Claude Juncker ab. Falls das Parlament zustimmt, ist der vorläufige Endpunkt eines Prozesses erreicht, der eine historische Zäsur hin zu einer demokratischeren Europäischen Union darstellt. Die Europäische Bürgerkammer hat sich nicht nur das Recht erkämpft, den Kommissionspräsidenten zu bestimmen, sondern gestaltet in Zukunft auch maßgeblich die Agenda der europäischen Exekutive mit. Die Kommission wird politischer.

„This time it’s different“ – lautete der Slogan der Kampagne des Europäischen Parlaments, um die Bürgerinnen und Bürger bei der Europawahl zur Stimmabgabe zu animieren. Dahinter stand das Versprechen, dass der Chef der europäischen Exekutive nicht mehr nach Absprachen der Staats- und Regierungschefs in Hinterzimmern bestimmt wird, sondern von den Wählern. Der Spitzenkandidat der stärksten Partei sollte den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten. Allen Unkenrufen und Sabotageversuchen zum Trotz hat das Europäische Parlament sein Versprechen eingehalten und sich gegen den Europäischen Rat das Recht erkämpft, dem Präsidenten der Europäischen Kommission nicht nur zuzustimmen, sondern ihn im Lichte des Ergebnisses der Europawahl zu bestimmen. Ausgestattet mit zusätzlicher Legitimität rückt die

Kommission näher an das Parlament und wird unabhängiger von mitgliedstaatlichen Einzelinteressen im Europäischen Rat.

»Ausgestattet mit zusätzlicher Legitimität rückt die Kommission näher an das Parlament und wird unabhängiger von mitgliedstaatlichen Einzelinteressen im Europäischen Rat.«

Dies ist keine abstrakte Frage über das europäische Institutionengefüge. Es geht vielmehr darum, wie in Europa Politik gestaltet wird. Die Stimmen des Europäischen Parlaments gibt es nicht umsonst. Um neben der Europäischen Volkspartei auch von den Sozialdemokraten und Liberalen im Parlament gewählt zu werden und damit die nötige Mehrheit zu erreichen, musste Juncker mit den politischen Fraktionen in Verhandlungen treten und schon vor seiner Wahl inhaltliche Zugeständnisse machen. Der Einfluss des Parlaments auf die Arbeit der Kommission ist dadurch gewachsen. So finden sich in Junckers politischem Programm „Ein neuer Start für Europa“ auch zahlreiche sozialdemokratische Kernforderungen, etwa ein 300 Milliarden Euro starkes Investitionsprogramm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, eine gemeinsame Asylpolitik und die Ablösung der „Troika“ durch ein demokratisch legitimes und kontrolliertes Gremium.



Mehr EU-Regierung, weniger Behörde

Für Juncker wiederum hat diese Anbindung an das Parlament mehr Unabhängigkeit vom Europäischen Rat und damit mehr Spielräume bei der Organisation der Kommission eröffnet. So werden in Zukunft sieben Vizepräsidenten die Arbeit der Kommission in politischen Kernvorhaben wie dem digitalen Binnenmarkt, der Energieunion oder dem Bereich Wachstum und Arbeitsplätze koordinieren. Dies ist ein vielversprechender Versuch, die Arbeit der Kommission schlagkräftiger und sichtbarer zu machen. In Zukunft soll die Kommission nicht mehr als Erfüllungsgehilfe des Europäischen Rates auftreten, sondern politische Prioritäten verfolgen, die gemeinsam mit dem Europäischen Parlament definiert werden. Anders gesagt, die Kommission wird mehr gestaltende Regierung und weniger verwaltende Behörde. Dies ist auch dringend geboten, denn um dem wachsenden Euroskeptizismus zu begegnen, muss die EU konkrete Ergebnisse zur Verbesserung der Lebenswirklichkeit der Menschen liefern.

»Obwohl nur 8 der 28 Mitgliedstaaten sozialdemokratische Politiker nominiert haben, ist die Sozialdemokratie in der neuen Kommission durchaus prominent vertreten.«

Obwohl nur 8 der 28 Mitgliedstaaten sozialdemokratische Politiker nominiert haben, ist die Sozialdemokratie in der neuen Kommission durchaus prominent vertreten. Drei der sieben Vizepräsidenten gehören sozialdemokratischen Parteien an: der erste Vizepräsident Frans Timmermans als „rechte Hand“ Junckers, die Hohe Beauftragte für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini wie auch der Vizepräsident für die Energie-Union Maroš Šefčovič. Auch das wichtige Ressort für Wirtschafts- und Finanzpolitik geht an einen Sozialdemokraten. Auf der anderen Seite sind etwa der für die Regulierung der Finanzmärkte zuständige britische Konservative Jonathan Hill sowie der designierte Klima- und Energiekommissar Miguel Arias Cañete oder der für Bildung und Kultur zuständige ungarische Kandidat Tibor Navracsics keine sozialdemokratischen Wunschkandidaten.

INTERVIEW mit Jakob von Weizsäcker, MdEP

Herr von Weizsäcker, Sie sind seit Juli diesen Jahres Abgeordneter im Europäischen Parlament in Brüssel – haben Sie sich schon gut eingelebt?

Brüssel kenne ich schon gut aus meiner Zeit beim Thinktank Bruegel. Die Abwechslung zwischen dem wunderschönen Erfurt und der europäischen Metropole macht mir Freude. Nur daran, dass man mehr als 6 Stunden Reisezeit braucht, um vom einen zum anderen Ort zu reisen, daran kann ich mich als Fernpendler nicht so leicht gewöhnen.

Mit Jean-Claude Juncker hat die Europäische Kommission zum ersten Mal einen vom Europäischen Parlament gewählten Präsidenten. Was sind die größten Herausforderungen für die neue EU-Kommission?

Die größte Herausforderung wird sein, die Wirtschaft in der Eurozone wieder in Schwung zu bringen. Hier ist eine gelungene Kombination aus Geldpolitik, Zukunftsinvestitionen und Reformen gefragt. Wenn wir das schaffen, dann werden auch die

Euroskeptiker wieder ganz leise und die AfD wird sich in Deutschland nicht festsetzen können. Aber wenn Juncker scheitert und wir stattdessen in eine Art japanischer Stagnationsphase eintreten sollten, dann werden die politische Dynamik in Folge von Massenarbeitslosigkeit in weiten Teilen Europas und die zunehmend erbitterten Verteilungskonflikte zwischen EU-Ländern kaum noch zu beherrschen sein. Spanien ist ein gutes Beispiel für die politische Dynamik, die mir Sorgen macht: Dort führt heute eine populistische Partei die Meinungsumfragen an, die es vor 9 Monaten noch gar nicht gab.

Sie sind leidenschaftlicher Volkswirt mit einer Vorliebe für europäische Finanzpolitik. In welchen Ausschüssen sind Sie tätig?

Als Parlamentsneuling hatte ich großes Glück, gleich in den mächtigen Ausschuss für Wirtschaft und Währung zu kommen. Derzeit arbeite ich federführend für meine Fraktion an einer europäischen Trennbankenregelung, um das Problem der sehr großen Banken, die dem Steuerzahler im Krisenfall eine Rettung



Jakob von Weizsäcker, MdEP

geboren 1970 in Heidelberg, ist der Europäer schlechthin. Nach seiner Kindheit in Kassel legte er in Wales ein internationales Abitur ab, leistete seinen Zivildienst in Polen und studierte in Bonn, Lyon und Paris Physik und Volkswirtschaftslehre. Seine berufliche Laufbahn führte ihn an verschiedene Forschungsinstitute in Paris, München, Boston und schließlich zur wirtschaftspolitischen Denkfabrik Bruegel in Brüssel. Von 2002 bis 2005 war er bei der Weltbank in Washington D.C. und Duschambe für Tadschikistan zuständig. Von 2010 bis Mai 2014 war er Abteilungsleiter für Wirtschaftspolitik und Tourismus im Thüringer Wirtschaftsministerium. Seit der diesjährigen Europawahl ist er Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Mitglied in verschiedenen Ausschüssen und Delegationen.



Durch Druck des Parlaments: Nachbesserungen in der EU-Kommission

Mit den Anhörungen der designierten Kommissare hat das Europäische Parlament sich die Möglichkeit erkämpft, die Eignung der Kandidaten zu überprüfen. Bei diesem Verfahren, das in den Mitgliedstaaten nicht existiert, ist die Kompetenz der Kandidaten für das jeweilige Portfolio ausschlaggebend, nicht die Parteizugehörigkeit. Als Ergebnis der Befragungen hat das Parlament Nachbesserungen in der Zusammensetzung und der Aufgabenverteilung der Kommission erreicht. Auf Druck der Sozialdemokraten hat mit Frans Timmermans ein Vizepräsident die Kompetenz über den Bereich Nachhaltigkeit erhalten, der somit einen höheren Stellenwert erhält. Dem ungarischen Kommissar Tibor Navracsics wurde die Zuständigkeit für den Bereich Bürgerschaft entzogen, da dieser als ungarischer Justizminister maßgeblich an der Verabschiedung des umstrittenen ungarischen Mediengesetzes beteiligt war. Die

slowenische Kandidatin Alenka Bratušek, die für die Energieunion vorgesehen war, konnte in ihrer Anhörung nicht nachweisen, dass sie die nötigen Fähigkeiten für eine Position in der Kommission hat und wurde deshalb abgelehnt.

Die EU steht vor enormen Herausforderungen: Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist noch nicht ausgestanden – gleichzeitig bildet sich in unserer unmittelbaren Nachbarschaft ein Krisengürtel. Wir brauchen deshalb eine handlungsfähige und kompetente Kommission, die die Probleme in enger Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament angeht. Auch wenn wir lieber Martin Schulz als Präsident der Kommission gesehen hätten, ist die Juncker-Kommission – auch dank der Europäischen Sozialdemokraten – sowohl strukturell als auch inhaltlich besser aufgestellt, um sichtbarer, effizienter und erfolgreicher zu sein als ihre Vorgängerin.

(Nachdruck von: Jo Leinen, MdEP – EU-Kommission: Schluss mit Erfüllungsgelhilfe – Internationale Politik und Gesellschaft (IPG) Online vom 21.10.2014)

abpressen können, besser in den Griff zu bekommen. In meiner Bewerbungsrede zur Kandidatur für das Europaparlament vor einem Jahr hatte ich angekündigt, ich wolle dazu beitragen, den Finanzmarkt zu bändigen, und jetzt ist das tatsächlich meine Hauptbeschäftigung. Für mich persönlich also ein Traumaufgabe, die mich in den kommenden Monaten sehr stark in Anspruch nehmen wird.

Zusätzlich bin ich noch in der Delegation für die Beziehungen zu Indien. Es ist ein faszinierendes Land - und zugleich eine zukünftige Großmacht, mit der wir als Europa in Zukunft nur noch auf Augenhöhe zusammen arbeiten können, wenn wir wirklich eine gemeinsame europäische Außenpolitik entwickeln und auch hier die Kleinstaaterei überwinden.

Der EZB Leitzins hat den Nullpunkt fast erreicht. Trotzdem gibt es in Europa immer noch nicht genug Wachstum und Investitionen. Warum nimmt die europäische Wirtschaft nicht mehr Fahrt auf?

Die Gründerväter des Euros hätten sich nicht im Traum vorstellen können, dass wir in die heutige Situation geraten, wo die Europäische Zentralbank den Zins bis an die Nullzinsgrenze gesenkt hat und die Wirtschaft trotzdem nicht in Schwung kommt. Wir haben sogar ein reales Deflationsrisiko – laut IWF von etwa 30 Prozent. Unter Null kann die EZB ihren Zins kaum senken, sonst legen die Sparer ihr Geld unter das Kopfkissen. In dieser absoluten Sondersituation brauchen wir zusätzliche Zukunftsinvestitionen auf Pump, um die Wirtschaft anzukurbeln. Das klingt erschreckend, weil die Schulden in vielen Ländern schon zu hoch sind. Aber es ist ökonomisch erforderlich, weil derzeit einfach zu viele Menschen gleichzeitig sparen und zu wenige investieren wollen, was in Summe wirtschaftlich nicht funktionieren kann.

Wenn die Zukunftsinvestitionen klug ausgesucht werden, also speziell diejenigen, die uns wirtschaftlich am meisten voranbringen, dann ist es bei einem Zinsniveau von Null auch nicht schwer, die Kosten dieser Investitionen in Zukunft zu erwirtschaften. Dabei geht es um Investitionen bei uns in Deutschland. Wir haben in den letzten Jahren an vielen Stellen zu wenig in Deutschlands Zukunft investiert, wie die Studie zur Investitionslücke des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung eindrücklich zeigt. Es geht aber auch um Investitionen in Krisenländern, um hier wieder Wachstumsperspektiven zu schaffen und um die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Hier sollten die Investitionen auch einen positiven Anreiz liefern, um die erforderlichen Reformen für die Zukunftsfähigkeit dieser Länder umzusetzen und wieder Arbeitsplätze zu schaffen.

Wie sehen Sie den Wirtschaftsstandort Thüringen für den europäischen Markt aufgestellt? Was sind die dringendsten Herausforderungen?

In Thüringen hat sich eine gesunde Wirtschaftsstruktur entwickelt, mit vielen kleinen und mittleren Betrieben. Die Arbeitslosigkeit ist die niedrigste in ganz Ostdeutschland. Da müssen wir uns nicht verstecken. Und wir dürfen uns auch nicht verstecken. Thüringer Unternehmen müssen international noch präsenter werden, erfolgreiche Thüringer Betriebe müssen noch stärker wachsen, um Größenvorteile für sich nutzbar zu machen. Die hohe Flexibilität und Liefertreue vieler Thüringer Betriebe muss um noch mehr Innovationskraft ergänzt werden, damit die Produktivität weiter steigt – Hand in Hand mit den Löhnen. Nur so können wir uns im immer intensiveren Wettbewerb um Fachkräfte behaupten. Letztlich geht es um gute Lebensperspektiven in Thüringen.



Lesetipps

Reinhard Krumm, Anne Seyfferth (Hrsg.) 2014: **Europa hat gewählt: kurze Analysen der Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 aus den Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung.**

www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=10799&ty=pdf

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 2014: **Europa hat gewählt – was nun?**

www.library.fes.de/pdf-files/bueros/hannover/11014.pdf

Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (10/2014): **Klare Sicht auf TTIP.**

http://www.frankfurter-hefte.de/Archiv/2014/Heft_10/Inhaltsverzeichnis/

Jakob von Weizsäcker, Henrik Enderlein, Daniela Schwarzer, Marcel Fratzscher, Christian Callies, Guntram Wolff, Armin von Bogdandy, Franz C. Mayer, Clemens Fuest, Constanze Stelzenmüller und Maximilian Steinbeis (10/2013): **Mobil, gerecht, einig. Die Glienicker Gruppe – elf deutsche Ökonomen, Politologen und Juristen – entwerfen ein neues Europa.**

<http://www.zeit.de/2013/43/glienicker-gruppe-europaeische-union>

Jacques Delpla/Jakob von Weizsäcker (2011): **Eurobonds – Das Blue Bond-Konzept und seine Implikationen.**

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08209.pdf>

Veranstaltungsvorschau „Politik für Europa“

- ➔ Die neue EU-Kommission: Grenzen und Möglichkeiten einer europäischen Wachstumspolitik
Arnstadt, 27. November 2014, 19:00 Uhr
- ➔ TTIP: Bedroht der Freihandel unsere Freiheit?
Erfurt, 22. Januar 2015, 19:00 Uhr
- ➔ Politik am Mittag - Europa und Thüringen
Saalfeld, 30. Januar 2015, 12:30 Uhr
- ➔ Politik am Abend – Europa und Thüringen
Erfurt, 12. Februar 2015, 19:00 Uhr
- ➔ Politik am Mittag – Europa und Thüringen
Gotha, 13. Februar 2015, 12:30 Uhr
- ➔ Politik am Mittag – Europa und Thüringen
Mühlhausen, 13. März 2015, 12:30 Uhr

